

Auch Kollegin Schneider hat recht, wenn sie sagt, sie mache sich Sorgen um Frauen, die in der Beschaffungsprostitution unterwegs seien. Denn auch die Frauen in der Beschaffungsprostitution werden vom Prostituiertenschutzgesetz nicht geschützt. Das hat die Studie, die wir in Auftrag gegeben haben und die dann von der KOBBER vorgelegt wurde, mehr als eindringlich dargelegt.

Deswegen haben wir als Landesregierung Nordrhein-Westfalen zusammen mit der Landesregierung Schleswig-Holstein einen entsprechenden Antrag in die GFMK eingebracht und den Bund aufgefordert, die ersten Erfahrungen der Länder, die sehr frühzeitig für eine gesetzliche Umsetzung des Bundesprostituiertenschutzgesetzes gesorgt haben, aufzugreifen und sie in die Evaluierung, die er selbst für das Jahr 2019 angekündigt hat, einzubauen. – Die Evaluierung liegt mir immer noch nicht vor.

Wir haben auch versucht, auf das Bundesfamilienministerium zuzugehen und – da es uns nicht fragte, welche Erfahrungen wir haben – angeboten, unsere Erfahrungen direkt nach Berlin zu schicken in der Hoffnung, dass sie dort aufgegriffen werden. Auch dazu haben wir bisher keine Rückmeldung bekommen. Deswegen darf ich in Richtung SPD sagen, dass diesbezüglich noch Optimierungspotenzial besteht.

Denn das Ziel ist ja klar: Es geht um den Schutz von Frauen in der Prostitution. Wir müssen uns alle miteinander verständigen, wie wir dieses Ziel in der Zukunft umsetzen wollen.

Der Antrag vonseiten der regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP ist insofern wichtig, als er dem Grunde nach eine Neukonzeption von Beratungs- und Informationsstrukturen mit dem Ziel eines landesweit flächendeckenden Angebots formuliert. Darum geht es, und deswegen dürfen und müssen wir auch ein bisschen genauer auf die Ergebnisse der bisherigen Beratungs- und Informationsangebote im Land Nordrhein-Westfalen schauen. Diese sind zum Teil sehr regional, aber zum Teil, wenn ich KOBBER nehme, auch landesweit unterwegs, um entsprechende Angebote zu machen und eine flächendeckende Versorgung herzustellen.

Auf diesen Weg wollen wir uns gern begeben, sofern der Landtag Nordrhein-Westfalen diese Antragslage zum Gegenstand macht. Wir werden uns natürlich auch die Anregungen von Bündnis 90/Die Grünen ansehen, was die weiteren Themen anbetrifft, die Sie im Zusammenhang mit dem Prostituiertenschutzgesetz aufgeworfen haben.

Für eines darf ich in diesem Zusammenhang noch werben. Wir sind als Landesregierung sehr intensiv auf der Bundesebene unterwegs, was die frühzeitige Einbeziehung der Erkenntnisse angeht. Gleichsam darf ich auch die anderen Fraktionen hier im Haus

darum bitten, sich gemeinsam mit uns für das Anliegen aus Nordrhein-Westfalen respektive aus Schleswig-Holstein im Deutschen Bundestag einzusetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Scharrenbach. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Somit kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen erstens über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/8588 ab. Es wurde direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/8588 zu? – CDU und FDP sowie die AfD-Fraktion und Herr Neppe, fraktionslos. Wer stimmt dagegen? – Die Grünen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/8588** mit Mehrheit im Hohen Hause **angenommen**.

Wir stimmen zweitens über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/8639 ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und Herr Neppe, fraktionslos. Wer enthält sich? – Die SPD enthält sich. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/8639** mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

4 Wasser in NRW nachhaltig nutzen und schützen!

Große Anfrage 14
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6865

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 17/8021

Die Aussprache ist eröffnet, und für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Rüße das Wort.

(Unruhe – Glocke)

Norwich Rüße^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir diskutieren heute über unsere Große Anfrage „Wasser in NRW nachhaltig nutzen und schützen!“.

Als Erstes möchte ich mich beim Ministerium – Herr Rapp, bitte nehmen Sie das mit ins Ministerium – ausdrücklich dafür bedanken, dass Sie diese ausführliche ...

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, betritt den Plenarsaal und nimmt

Platz. – Zurufe von der SPD: Ah! – Stefan Kämmerling [SPD]: Bei der Ministerin!

– Ah, Frau Ministerin.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Entschuldigung!)

– Alles gut. Ich bedanke mich auch bei Ihnen für die ausführlichen Antworten, die wir bekommen haben.

Ich möchte aber auch den ehemaligen Abteilungsleiter Herrn Odenkirchen ausdrücklich erwähnen. Das war sozusagen sein Abschiedsgeschenk an uns. Ich hoffe, dass es ihm Spaß gemacht hat, diese Anfrage zum Schluss zu beantworten. Das ist eine Menge Arbeit, aber ich denke, es waren viele Fragen darin enthalten, mit denen man sich angesichts der Situation rund um das Wasser tatsächlich beschäftigen sollte.

Wir alle haben in den letzten zwei Sommern, in denen es sehr trocken war, gemerkt, dass es auch in einer Region wie Nordrhein-Westfalen – wo wir immer gesagt haben: Wasser ist hier kein Problem; das werden wir immer haben –, gerade wenn man nach Ostwestfalen schaut, durchaus einmal knapp werden kann. Wir wissen: Wir brauchen Wasser. Wasser ist lebensnotwendig für uns alle, und deshalb hat es natürlich einen besonderen Schutz verdient. Kurzum: Wir sollten sorgfältig mit dieser Ressource umgehen.

Wie steht es insgesamt um das Wasser? Wir verbrauchen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 4,5 Milliarden Kubikmeter, davon 3,5 Milliarden Kubikmeter im Bereich der Wirtschaft, die Hälfte davon wiederum in der Energiewirtschaft. Im Bereich der öffentlichen Wasserversorgung, der uns besonders interessiert, werden ungefähr 1 Milliarde Kubikmeter pro Jahr genutzt.

Ein Drittel des Wassers stammt aus dem Grundwasser, zwei Drittel aus Oberflächengewässern.

Damit wird deutlich, wie wichtig es ist, die Oberflächengewässer vor Einträgen zu schützen. Wir müssen in der Tat dafür sorgen, dass nichts ins Wasser gelangt, was nicht ins Wasser gehört.

Die Zahlen haben gezeigt, dass der Wasserverbrauch in Deutschland sinkt. Wir verbrauchen heute etwa 30 % weniger Wasser als noch vor 30 Jahren. Jetzt könnte man sagen, wenn der Verbrauch sinkt, wird es insgesamt wohl kein Problem geben. Letztendlich sind wir noch immer ein wasserreiches Land. – Dem ist jedoch nicht so. Das hat die Antwort des Ministeriums deutlich gezeigt.

Ich war wirklich erstaunt – und die Daten hierzu waren wirklich toll – über die Antworten zu der Frage: Wie schaffen wir es, unsere Talsperren immer wieder zu füllen? Wie funktioniert das? Und was passiert bei der Grundwasserneubildung? Beides bietet Anlass, genauer hinzuzugucken.

Insbesondere die Ausführungen zur Grundwasserneubildung fand ich hochinteressant. Denn es nicht so, dass die Grundwasserneubildung nur in absolut niederschlagsarmen Jahren nicht mehr wirklich funktioniert. Vielmehr ist seit 30 Jahren – das zeigt eine Grafik in der Antwort sehr deutlich – eine klar fallende Linie bei der Grundwasserneubildung zu verzeichnen. Daher müssen wir uns einmal gemeinsam überlegen, was wir tun können, um diesen Prozess ein Stück weit zurückzuentwickeln.

Wenn wir weniger Wasser haben, ist das ein Grund mehr, genau hinzuzugucken, wie wir mit dem Wasser umgehen. Deshalb haben wir auch nach der Belastung im Wasser gefragt. Hierbei geht es um Mikroplastik, ein etwas jüngeres Thema, aber auch um Medikamentenrückstände, um Nitratrückstände und Pflanzenschutzmittelrückstände, die uns schon länger begleiten.

Bei den Nitraten ist die Situation zumindest insofern gut, als wir uns seit drei, vier Jahrzehnten intensiv damit auseinandersetzen und auch ungefähr den Zustand in dem Bereich kennen – bei aller Kritik, die es insofern gerade gibt. Grundsätzlich haben wir da aber ein ganz gutes Informationsnetz.

Bei Pflanzenschutzmitteln – das hat die Antwort auch ergeben – sieht das völlig anders aus. Eigentlich ist es schon spannend, dass wir bei diesen giftigen Stoffen, die es ja nun mal sind, so wenig wissen, dass wir nur deutschlandweit erhobene Pauschaldaten haben, uns aber überhaupt nicht bekannt ist, was hier in Nordrhein-Westfalen eingesetzt wird, geschweige denn, dass wir viel über Rückstände wissen.

Was wir wissen, ist, dass die Pestizide bei den Wasserversorgern enorme Kosten verursachen können. Das beste Beispiel dafür ist immer wieder der Halterner Stausee, bei dem der Wasserversorger ungefähr eine Million Euro pro Jahr für Aktivkohle ausgibt, um unerwünschte Pflanzenschutzmittelrückstände herauszufiltern.

Zu Medikamentenrückständen gibt es – und das wird auch in der Antwort erwähnt – das Projekt „MerkMal“. Dies müssen wir uns alle mal überlegen: Wir legen hier immer wieder viele Projekte – auch viele gute Projekte – auf. In dem Projekt „MerkMal“ geht es darum, Röntgenkontrastmittel herauszuholen und eben nicht ins Wasser zu entlassen. Das Projekt hat erwiesen, dass man so was auch mit wenig Aufwand machen kann und gute Ergebnisse erzielt. Warum das nicht flächendeckend vorangetrieben wird, verstehen wir nicht. Wir würden uns wünschen, dass das endlich vom Projekt zum Regelfall gemacht wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben natürlich das Problem der Eingriffe des Menschen und des Abbaus von Rohstoffen. Wir müssen mit den Folgen des Bergbaus umgehen. Das ist das eine.

Wir haben aber auf der anderen Seite auch immer wieder neue Eingriffe zum Abbau von Rohstoffen.

Wir würden uns wünschen, dass diese Große Anfrage dazu genutzt wird, noch einmal sehr deutlich zu machen, dass der Schutz des Wassers mindestens denselben Wert haben muss wie die Interessen von Wirtschaftsunternehmen am Abbau von Kalk oder Kies oder anderen Gesteinen.

Wasser steht uns eben nicht unbegrenzt und in Hülle und Fülle zur Verfügung. Wasser ist der wertvollste Grundstoff für alles Leben auf diesem Planeten. Deshalb sollten wir – und ich hoffe, dass diese Große Anfrage da eine gewisse Initialzündung gibt und dies noch einmal verstärkt – dem Wasser mehr Aufmerksamkeit und einen besseren Schutz zukommen lassen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Rüße. – Jetzt spricht Herr Dr. Nolten für die CDU-Fraktion.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der personenbezogene Wasserverbrauch sinkt. Die öffentliche Wasserabgabe liegt mit gut 1 Milliarde Kubikmeter um ein Viertel niedriger als noch vor einer Generation. Die Qualität des Wassers aus der öffentlichen Leitung ist so gut wie nie. Gewässerreinigung und -renaturierung schreiten weiter voran.

Die im Sommer voraussichtlich verabschiedete Trinkwasserrichtlinie der EU enthält Vorgaben, wie sie heute durchaus schon bei uns erfüllt werden. Alles gut? Nicht ganz. Es gibt durchaus noch Handlungsbedarf. Das war zwar schon vor der Großen Anfrage bekannt; gleichwohl bin ich für sie sehr dankbar. So werden verschiedene Themen der Wasserpolitik, die sehr unterschiedlich im öffentlichen Interesse stehen, in der Breite angesprochen.

Zentral ist sicherlich die Wasserwirtschaft. Haben wir gesichert die Mengen, die wir für unseren Lebensstandard und Wohlstand brauchen? Niederschlagsmengen und -verteilung verändern sich durch den Klimawandel. Die Frühsommerdürre der letzten beiden Jahre könnte zum Regelfall werden. Wir haben neben dem Trinkwasserbedarf der Haushalte die Anforderungen der Industrie und zunehmend der Landwirtschaft. Freizeitnutzung, Energieerzeugung, Hochwasserschutz und Artenschutz müssen berücksichtigt werden.

Ein Drittel des Wassers gewinnen wir aus Tiefbrunnen, ein Sechstel aus Talsperren und knapp die Hälfte aus Brunnen, die Uferfiltrat und angereichertes Grundwasser fördern. Neben wenigen Großen wie Gelsenwasser gibt es eine große Zahl mittlerer und kleinerer, meist kommunaler Versorger und über

50.000 private Hausbrunnen. Das hat Vorzüge im Bereich des Zugriffs auf die wichtigste Ressource von außen, aber unter Umständen auch Nachteile beim Zustand des Verteilnetzes und den Aufbereitungsmöglichkeiten.

Örtlich bedeutsam sind auch die Brauch- und Kühlwasserentnahmen. 1.800 Betriebe ziehen über 3,5 Milliarden Kubikmeter aus eigenen Gewinnungsanlagen. Will NRW Industrieland bleiben, so ist – bei feststellbaren und erfolgreichen Optimierungsmaßnahmen in den Unternehmen – eine Inanspruchnahme auch zukünftig zu gewährleisten. Bei einem knappen Wasserdargebot bin ich skeptisch, ob Verhaltensempfehlungen und Verbote zum Beispiel des Rasensprengens ausreichen.

Neben Notverbundleitungen, die einen überregionalen Ausgleich herbeiführen können, bedarf es einer besseren Wasserernte in privaten Regenwasserzisternen und in Stauräumen im Wurzelbereich der Straßenbäume. Hochwasserschutz mittels Flutmulden, Rückhaltebecken, Abschlägen und Notwasserwegen könnten mit Bevorratung verbunden werden.

Im LEP sind acht weitere Talsperren-Standorte als Ziel der Raumplanung gesichert. Neubau wird seit vielen Jahren nicht mehr betrieben und stellt auch einen erheblichen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Ein Vorhalten macht aber nur Sinn, wenn ich zum Ziehen der Option bereit bin. Ein rascher Klimawandel könnte hierzu Anlass geben. Kapitel VII verweist auf die sich seit 30 Jahren deutlich nach unten bewegende Kurve der Grundwasserneubildung und auf die historischen Tiefstände an einem Fünftel der Grundwassermessstellen im Herbst 2018.

Über die seit 2016 erforderlichen kommunalen Wasserversorgungskonzepte werden Problembewusstsein und auch die tatsächlichen Problemlagen schneller erkannt. Das Abteufen neuer Brunnen und die Erschließung neuer Gewinnungsgebiete sind aber auch nicht ohne Risiken.

Auf die Konsequenzen eines fehlenden Verdünnungseffektes nitratbelasteter Grundwasservorkommen bei ausbleibenden Niederschlägen hebt der Fragensteller selbst ab. Landwirte vor Ort werden ihm beipflichten. Hier könnte ein Ansatzpunkt zur Entwicklung neuartiger Bewässerungssysteme in technischer wie auch organisatorischer Hinsicht für die Landwirtschaft auf besten Böden in Regenschattengebieten gegeben sein.

Vorsichtig bin ich bei dem von den Grünen vorgetragenen Kausalzusammenhang zwischen der Steigerung des Trinkwasserpreises und der Nitratbelastung der Wässer. Die Preissteigerungen waren über Jahre hinweg unterdurchschnittlich und lagen erst in den letzten Jahren leicht darüber.

Zur Bedeutung des herausgestellten Zusammenhangs: Die Antwort auf die Große Anfrage geht dezidiert auf Entwicklung und Umfang der Gewässerkooperationen und ihre Erfolgsgeschichte ein. Sie verweist auf Messstellen in 67 Kooperationsgebieten, bei denen der Nitratschwellenwert früher über- und heute unterschritten wird. Insgesamt liegt bei 12 % der Messstellen in Kooperationsgebieten der aktuelle Nitratwert bei über 50 mg/l. Landesweit gilt dies für 14 % der Messstellen. Zur Stilllegung von Brunnen kommt es aus den verschiedensten Gründen, die Nitratbelastung ist aber eher nachrangig eine Ursache. Nur 0,9 % der Maßnahmen zur Nitratreduktion sind kostenrelevante Trinkwasseraufbereitungsmaßnahmen.

Trotzdem hat die NRW-Koalition auf dieses Problem reagiert. Wir haben zum Haushalt 2019 Mittel für die Anschaffung von Stickstoffsensoren und Gülüedurchflussmessgeräten zur Verfügung gestellt. Im Haushalt 2020 findet sich erstmalig ein Titel mit fast 1,5 Millionen Euro im Ansatz für die Organisation von Kooperationen außerhalb von Wasserschutzgebieten.

Die Kammerberatung der Betriebe hinsichtlich der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie wurde ebenfalls auf fast 6 Millionen Euro verstärkt. Eine stärkere Kontrolle importierter Wirtschaftsdünger, Überlegungen zur Förderung der bedarfsgerechten überregionalen Gülleverteiler innerhalb von Nordrhein-Westfalen ergänzen diese Bemühungen.

Nun aber zu einem echten „Preistreiber“: Der in der Praxis oftmals kommunizierte Referenzwert für Netzerneuerungsraten liegt bei 1,5 % des Leitungsnetzes. Damit wird eine Nutzungsdauer von 70 Jahren unterstellt. In der Praxis liegt beim Benchmarking Wasser der Mittelwert bei den Wasserversorgungsunternehmen mit bis zu 3 Millionen Kubikmeter Jahresförderung derzeit bei 0,8 %.

Es wird von Wasserversorgungsunternehmen berichtet, bei denen noch 10 % der Leitungen aus Gusseisen bzw. Asbestzement bestehen. Alte Leitungen stehen für Leitungsbrüche und Wasserverlust. Eine Wasserverlustrate von 0,1 Kubikmeter je Kilometer Leitungslänge und Stunde bedeutet im ländlichen Bereich die Schwelle zu hohen Wasserverlusten. Bei Großstädten liegt dieser Wert doppelt so hoch.

Der kaufmännische Verlust liegt bei der Verlustrate von 0,1 bei fast 10 %. Viele Wasserversorgungsunternehmen nutzen die derzeit günstigen Refinanzierungskosten für die dringend nötige und lange fast sträflich vernachlässigte Netzerneuerung, die selbstverständlich dann auch nicht kostenneutral für die Endkunden ist.

Belegt wird diese Sicht der Dinge durch die Ausführungen zum Investitionsstau in Kapitel VIII. Die neue EU-Trinkwasserrichtlinie wird diese Verluste, die deutschlandweit bei 12 % und im EU-Durchschnitt

bei 25 % liegen, im Sinne der Nachhaltigkeit zu reduzieren suchen. Sie wird auch Grenzwerte für Blei halbieren, für Bisphenol A einen Höchstwert festlegen und beim Mikroplastikgehalt eine Überwachung einführen. Erst nach der Entwicklung zuverlässiger Messverfahren und valider Grenzwerte sollen Höchstwerte seitens der EU vorgegeben werden.

Zu diesem Thema wie auch zu Mikroschadstoffen, multiresistenten Keimen haben wir im Plenum in den vergangenen zwei Jahren schon Diskussionen geführt, die wir gern im Ausschuss wieder aufnehmen können.

Generell unterstützen wir dabei den Ansatz der Landesregierung, von einer Verpflichtung zum Bau einer sogenannten vierten Reinigungsstufe abzusehen. Vielmehr sollen einzelfallbezogen und risikangepasst Anlagenerweiterungen im Rahmen der üblichen Ertüchtigung und auf der Grundlage abgesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse zu deren Wirksamkeit erfolgen. Die unterschiedlichen Konzepte von den Membranbioreaktoren über die Aktivkohlefiltration bis hin zur Ozonung, zu Retentionsbodenfiltern und UV-Bestrahlung werden im Bericht angeführt.

Zuzustimmen ist der Feststellung im Bericht, dass die Trennung der Abwassergebühren in Anteile für Schmutzwasser und Niederschlagswasser Anreize geschaffen hat, das Niederschlagswasser in Gewässer abzuschlagen oder zu versickern. Folgerichtig haben wir im vergangenen Jahr dem Gesetz zur Anpassung der Abgabefreiheit bei der Einleitung von verschmutztem Niederschlagswasser unsere Zustimmung erteilt.

Ob die finanziell sehr ungleich verteilten Lasten der Wasseraufbereitung, die mit den Durchschnittswerten der Kreise und kreisfreien Städte in der Anlage I.8, bewusst oder unbewusst, nicht annähernd abgebildet werden, vertretbar sind, bleibt eine in der kommunalen Familie latente und letztlich im GFG zu klärende Frage.

Während in 2015 in der Stadt Schleiden 5,38 Euro für die Reinigung eines Kubikmeters Abwasser berechnet wurden, waren es in Köln nur 1,58 Euro, mehr als zwei Drittel weniger. Der Musterhaushalt in Schleiden zahlte 1.200 Euro im Jahr, während die Kölner noch nicht einmal 500 Euro bezahlen mussten. Die Abwassergebührenhilfe macht dabei zurzeit weniger als ein halbes Promille des GFG-Volumens aus.

Kommen wir noch kurz auf die Konsequenzen des Abwassers von energetischen und nicht energetischen Rohstoffen auf unsere Wasserressourcen zu sprechen.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Anheben kann man doch!)

Mit großem Interesse werden auch wir die abschließende Bewertung des Pilotversuchs mit einer PCB-Elimination aus dem gehobenen Grubenwasser an den Standorten Haus Aden und Ibbenbüren verfolgen wollen und regen eine Befassung in unserem Fachausschuss an.

Mit den möglichen Änderungen beim Abbauverbot oberflächennaher Kiese und Sande in Wasserschutzgebieten werden wir uns intensiv bei der Novelle des Landeswassergesetzes beschäftigen. An Vorabspekulationen und Bewertungen möchte ich mich daher heute nicht beteiligen.

Zum Schluss noch zur Gewässerentwicklung. Auf Probleme und Lösungsansätze haben wir im November mit unserem Antrag zum Wanderfischprogramm hingewiesen. Flächenverfügbarkeit, Finanzierung und Zeitplanung sind die kritischen Punkte. Dies wird auch durch die vorliegende Drucksache deutlich. Ob allerdings die Mediations-, Flurbereinigungs- und Genehmigungsverfahren wirklich „unvorhersehbar“ die Umsetzung verzögern, lasse ich offen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kämmerling?

Dr. Ralf Nolten (CDU): Bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist nett von Ihnen. – Bitte schön, Herr Kämmerling.

Stefan Kämmerling (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Nolten, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen. – Sie haben gerade über das Thema der Abwassergebühren gesprochen, und Sie haben den ländlichen Raum und den städtischen Raum unterschieden. Dieses Problem, dass Abwassergebühren im ländlichen Raum extrem hoch sind, folgend aus der Tatsache, dass wir eine sehr anspruchsvolle Topographie haben und sehr häufig sehr viel weniger Haushalte an einer Rohrleitung – um das mal sehr vereinfacht darzustellen – hängen, führt dazu, dass in Ihrem Heimatbereich Düren wie aber auch bei mir in der Städtereion Aachen, wo es Eifel-Anteile gibt, sehr häufig die Situation ...

Ach so, ich habe eine Fragemöglichkeit, keine Zwischenintervention. Mensch, Sie sind aber nachgiebig.

Ich komme zu meiner Frage: Gibt es, sehr geehrter Herr Kollege Dr. Nolten, bei den soeben von Ihnen ausgeführten sogenannten Abmilderungshilfen im Gemeindefinanzierungsgesetz Pläne, die dergestalt aussehen würden, dass Sie den Forderungen von vielen Kommunalpolitikern im ländlichen Raum nachkommen, diese Abmilderungshilfe anheben und dadurch den Preis im ländlichen Raum senken?

Dr. Ralf Nolten (CDU): Also, Herr Kämmerling, ich muss Ihnen sagen, ich bin ja erst seit 2017 im Landtag, habe aber natürlich die Entwicklung bei der Abwassergebührenhilfe verfolgt. Ich darf festhalten, dass die in den letzten zehn Jahren, also nicht unter dieser Landesregierung, nicht unter der NRW-Koalition, deutlich reduziert worden ist und wir sie jetzt erst in den letzten beiden Jahren wieder nach oben befördern.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Ach, das stimmt doch nicht! – Michael Hübner [SPD]: Das stimmt nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

Die Zahlen können Sie feststellen. Insofern ist es ein guter Ansatz, und wenn wir für derartige Dinge eine breite Unterstützung bekommen, die die Gebührenbelastung fairer gestaltet, dann würde das sicherlich die Menschen im ländlichen Raum sehr freuen.

(Beifall von der CDU)

Aber die Diskrepanz ist auch hier in diesem Bericht deutlich erkennbar. Es geht ja nicht nur um die Bereiche, die Sie angesprochen haben, beispielsweise die Nordeifel, sondern es geht sicherlich auch um das Bergische Land; es geht um Teilbereiche des Hochsauerlandkreises, von Ostwestfalen, wo eine ähnliche Problematik da ist.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Michael Hübner [SPD]: Das bleibt nicht richtig!)

– Das ist richtig. Darüber können wir gerne noch einmal diskutieren.

(Michael Hübner [SPD]: Um wie viel Prozent soll denn das gesenkt worden sein?)

Abschließend noch einen letzten Satz zur Gewässerentwicklung: Wir brauchen eine stärkere Beteiligung der Grundeigentümer, der Landbewirtschafter vor Ort. Wir müssen stärker über die Verbindung des Eingriffsausgleichs mit der Umsetzung der Wasserahmenrichtlinie nachdenken.

Sie sehen – das hat die Aussprache gerade schon gezeigt –: Die Antwort auf die Große Anfrage gibt Raum für zahlreiche interessante und nachmittagsfüllende Diskussionen, die wir dann gerne im Ausschuss führen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Dr. Nolten. – Jetzt spricht Herr Börner für die SPD-Fraktion.

Frank Börner (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem Verzicht auf den Kohleabbau können wir in Deutschland nur

noch auf einen wichtigen Rohstoff verweisen, der unseren Wohlstand stabilisiert: unser in guter Qualität und Quantität vorhandenes Grundwasser.

Dies ist für unseren Standort eine sehr glückliche, auch existentielle Situation. Leider ist wie alles Gute auch das nicht selbstverständlich und sicher auch nicht von Dauer.

Durch die Klimaveränderung werden unsere Sommer immer trockener. Dies lässt Grundwasserstände sinken, leert unsere Talsperren. Zum Teil durch den Abbau von Umweltstandards, wie zum Beispiel die Dichtheitsprüfung, zum Teil durch Nichtstun, wie zum Beispiel bei der Nitratbelastung unseres Grundwassers durch die Landwirtschaft, riskieren wir die Qualität unseres Grundwassers. Und dies nachhaltig!

Neben der Tatsache, dass wir unser Grundwasser durch Gülle ungenießbar machen, droht hier eine Strafe der EU von über 800.000 Euro pro Tag, und dies durch Nichtstun der Landwirtschaftsministerin in Berlin.

Die Aufbereitung von Trinkwasser wird immer aufwändiger, wir brauchen eine neue Filtertechnik und neue Gewinnungsgebiete. Diese Kosten wird auf Dauer der Gebührentzahler zu tragen haben. Oder aber wir machen das, was im Vorwort der Antwort auf die Große Anfrage angesprochen wird, und nehmen die Verursacher in die Verantwortung.

Wir brauchen eine neue Ausrichtung für unsere Landwirtschaft.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Die Ausbringung von Pestiziden und Gülle verteuert im ersten Schritt unser Grundwasser, und später wird dadurch die Nutzung unseres Grundwassers als Lebensmittel insgesamt riskiert. Soweit darf es nicht kommen.

In der Anfrage wird deutlich, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. So wird es im Vorwort angeführt. Gehen wir ins Detail der einzelnen Fragen, wird es schon undeutlicher, ob überhaupt ein Handlungsbedarf besteht bzw. ab welcher Stufe welcher Weg gegangen werden soll. Wir müssen dringend unsere Art und Weise, wie wir Landwirtschaft betreiben, überdenken. Hier geht es um die Produktion gesunder Lebensmittel, Tierwohl, aber eben auch um den Erhalt unseres Grundwassers.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ein weiteres Problem ist die Einbringung von Medikamentenrückständen, die unsere Kläranlagen derzeit nicht herausfiltern können. Kontrastmittel bauen sich nur sehr langsam ab, im Ergebnis reichern sie sich an. Die immer wieder zitierte vierte Reinigungsstufe ist nur in sehr seltenen Fällen installiert, die Wirtschaftlichkeit und die hohen Kosten machen sie in jedem Fall fraglich.

Spannend ist der Ansatz, wie im Vorwort angeführt, beim Verursacher anzufangen. Im Abwasser von Krankenhäusern befinden sich naturgemäß viele Medikamentenrückstände. Glücklich bin ich über einen Piloten, nämlich den Bau einer sogenannten vierten Reinigungsstufe an den Evangelischen Kliniken im Duisburger Norden, meinem Wahlkreis. Hier können wir bald zeigen, was technisch möglich ist und ob es sich wirtschaftlich rechnet.

Da Patienten heute recht früh aus den Krankenhäusern entlassen werden und die Medikamente oft noch im Körper sind, sollte die Einführung von Urinbeuteln obligatorisch werden. Beim Kauf von Medikamenten, die sich im Wasser anreichern, müssen diese Beutel automatisch mit dabei sein.

Nachdem wir die durch die alte schwarz-grüne Regierung eingeführte Dichtheitsprüfung auf ein praktisches Maß reduziert haben, ...

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wir haben hier keine schwarz-grüne Regierung gehabt!)

... soll dies nun endgültig abgeschafft werden. – Soweit ich weiß, habe ich gerade das Wort. Sie können aber gerne eine Zwischenfrage stellen.

Nach dem noch gültigen Gesetz zur Dichtheitsprüfung soll nur in Trinkwasserschutzgebieten sichergestellt werden, dass die privaten Abwasserkanäle zuverlässig dicht sind.

(Zurufe von Markus Diekhoff [FDP] und anderen – Michael Hübner [SPD]: Wir haben die abgeschafft, nicht ihr!)

Eine Regelung, die funktioniert und akzeptiert wird.

Nun will die neue schwarz-gelbe Regierung auf den Startpunkt zurück und auch diese Überprüfung abschaffen. Hier werden Umweltstandards ohne Not und ohne Sinn zulasten unseres Trinkwassers abgeschafft.

Die Beantwortung der Großen Anfrage zur Wasserqualität in Nordrhein-Westfalen zeigt auf, auf welchen Feldern wir dringend handeln müssen, um unsere Standards zu halten und zu verbessern. Nicht nur das Ergebnis dieser Beantwortung zeigt, dass wir nicht abwarten können, sondern heute handeln müssen – im Gespräch mit der Landwirtschaft, im zielführenden Gespräch mit der Landwirtschaft.

Wir dürfen keine Standards senken, im Gegenteil, wir müssen behutsam darauf hinwirken, unsere Standards zu erhalten.

Durch klimabedingte Trockenheit müssen wir nicht nur die bestehenden Trinkwasserbrunnen pflegen, sondern zusätzliche Gewinnungsgebiete finden.

Lassen Sie uns gemeinsam an dem Erhalt unseres qualitativ und quantitativ guten Grundwassers arbeiten. – Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Börner. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Diekhoff.

Markus Diekhoff^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin nahezu entsetzt, dass wir ein so wichtiges Thema wie Wasser behandeln und der Kollege Börner es für ein so primitives und billiges Landwirtschaftsbashing benutzt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist völlig überflüssig. Weder die Details der Beantwortung der Großen Anfrage noch das Gesamtbild geben diese einseitige Fixierung auf die Landwirtschaft bei der Wasserqualität wieder. Das gilt genauso wenig für die Dichtheitsprüfung, über deren richtige Abschaffung wir in unserem entsprechenden Antrag ebenfalls schon gesprochen haben.

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Das war keine Glanzleistung! Michael Hübner [SPD]: Der Paragraf ist seit 2012 abgeschafft!)

Da gibt es keine Gefahren, sondern wir haben klare wissenschaftliche Grundlagen. Die Fachhochschule Münster hat es untersucht, es gibt kein Problem. Sie ignorieren überall, genauso wie bei der Landwirtschaft, die wissenschaftlichen Fakten. Es geht nur noch um Polemik auch bei wichtigen Themen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es ist alles tagespolitisch orientiert, es ist wirklich traurig.

Dabei ist doch zu begrüßen, dass mit der Großen Anfrage ein so umfangreicher Überblick über das Thema „Wasser“ hier in Nordrhein-Westfalen erstellt wurde.

Es gibt so viel Positives zu berichten, zum Beispiel, dass der Wasserverbrauch stark zurückgegangen ist, gerade auch bei den Privathaushalten. Das zeigt ja, dass jeder Einzelne beim achtsamen Umgang mit unserer wichtigsten Ressource – das ist die wichtigste Ressource der Menschheit – seinen Beitrag leisten kann. Es beweist eindrucksvoll, dass technischer Fortschritt genauso wie bei anderen Umweltproblemen dazu führen kann, dass wir uns verbessern. Der technische Fortschritt hat den Wasserverbrauch gesenkt.

Ein konstanter Rückgang ist auch bei der Industrie zu beobachten, und das ist auch sehr positiv anzuerkennen, weil die Wasserentnahme der Industrie gerne verteufelt wird und in der Kritik steht, und das oft zu Unrecht, denn auch die Industrie hat sich sehr verbessert. Tatsächlich beträgt die Entnahme der Industrie in Nordrhein-Westfalen nur 20 % des gesamten Wasserverbrauchs. 80 % des Wasserverbrauchs

erfolgt durch die Privathaushalte und 20 % durch die Industrie.

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Eine Milliarde!)

Ich denke, das steht der Industrie auch zu, weil sie ja für uns alle Güter produziert, von denen wir alle leben.

Die Wasserwirtschaft an sich bietet in Nordrhein-Westfalen 53.000 Jobs, sie ist also ein wichtiger Jobmotor. Die Anzahl der Stellen ist in den letzten Jahren sogar um 2 % gestiegen.

Für die Wertschöpfung in Nordrhein-Westfalen ist Wasser und damit die Wasserwirtschaft ein maßgeblicher Wirtschaftsfaktor. Die Sicherung der Wasserwirtschaft und unserer Wasserversorgung ist eine wichtige Frage, die nicht nur für die Industrie unerlässlich ist, sondern vor allem als Teil der Daseinsvorsorge zum Wohle der Menschen in Nordrhein-Westfalen in besonderer Weise zu gewährleisten ist.

Deswegen ist es gut und richtig, dass wir erfahren haben, dass im vergangenen Jahr ein Austausch mit Fachakteuren und Sozialpartnern in der Wasserwirtschaft stattgefunden hat, denn auch dort geht das Gespenst des Fachkräftemangels und damit verbunden die Frage der Fachkräftequalifizierung um. Darum muss man sich frühzeitig kümmern, nicht dass man irgendwann aufwacht und merkt: Oh, wir haben keine Menschen mehr, die wissen, wie man sauberes Wasser zur Verfügung stellt.

Und ein weiteres Schreckgespenst lehne ich ab, denn: Das Wasser in Nordrhein-Westfalen ist nicht knapp. Wir haben genug Wasser, aber wir müssen natürlich wissen, wie wir dieses Wasser zu den Menschen bringen, wie es aufbereitet werden kann, wenn es schmutzig ist. Deswegen ist es sehr wichtig, dass wir hier die richtigen Fachkräfte dauerhaft haben.

(Beifall von der FDP)

Ein weiterer Aspekt, der in der Großen Anfrage behandelt worden ist, aber anders als gerade dargestellt, ist das Thema „Gewässerqualität und Nitrat“. Die Antwort ist da auf besondere Art und Weise recht sachlich und nicht ganz so ideologisch, wie das Thema sonst oft diskutiert wird. Die nüchternen Zahlen können sicherlich zur Versachlichung beitragen.

Dies trifft gerade auf den Komplex „Aufbereitung – enorme Kosten, was Nitrat nicht alles verursacht“ zu. Tatsächlich werden nur 0,9 % der Maßnahmen mit Blick auf Nitratreduktion im Wasser über Wasseraufbereitungsmaßnahmen durchgeführt. Also sind 99,1 % immer noch Präventionsmaßnahmen, denn so schmutzig ist das Wasser nun nicht.

Diese Präventionsmaßnahmen, vor allem die Wasserkooperationen, sind eine Erfolgsstory, die CDU und FDP im Koalitionsvertrag verankert haben. Derzeit gibt es 113 dieser Wasserkooperationen in Nordrhein-Westfalen. Damit werden mehr als eine halbe

Million Hektar Acker- und Grünflächen in Wasserkooperationen erfasst. 67 Wasserkooperationen waren so erfolgreich, dass die Grenzwerte inzwischen wieder eingehalten werden, obwohl sie früher noch überschritten wurden. Auch die anderen Wasserkooperationen haben einen signifikanten Rückgang der Messwerte beobachten können. – Ich meine, das ist ein guter und wichtiger Erfolg, der auch mit den Landwirten zusammen erzielt wurde.

An dieser Stelle muss auch gesagt werden, dass die aktuellen Probleme oft Vergangenheit darstellen. Wir sehen im Wasser, gerade im Grundwasser, nicht das, was im Jahr davor passiert ist. Es dauert oft viele, viele Jahre, bis die nicht gewünschten Stoffe unten ankommen. Deswegen können wir auch die Leistungen, die in den vergangenen Jahren erbracht wurden, noch gar nicht messen. Wir wissen gar nicht, inwieweit wir uns da verbessert haben.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das kommt auf den Boden an, Herr Diekhoff! Im sandigen Münsterland geht das ganz fix!)

– Aber auch da haben wir Erfolge in den Wasserkooperationen. Deswegen ist es ja der richtige Weg.

Und es ist wichtig klarzustellen: Sorgen und Ängste bei der Landwirtschaft, aber auch unsere Sorgen und Ängste um das saubere Wasser sind gleichrangig zu betrachten.

Wir sind in Nordrhein-Westfalen auf einem guten Weg. Wie in keinem anderen Bundesland wurden unter der Federführung unserer Umweltministerin im Dialog mit allen Betroffenen Lösungen entwickelt. Dazu zählt alles, was wir gehört haben, von Binnendifferenzierung bis zu den Wasserkooperationen. Wir suchen aktiv nach Lösungen in Berlin, aber auch in Brüssel; denn unser Wasser ist uns zu wichtig, um sich nicht zu kümmern. Die NRW-Koalition handelt daher entschlossen und umsichtig. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und Daniel Sieveke [CDU])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Diekhoff. – Jetzt spricht für die AfD-Fraktion Herr Dr. Blex.

Dr. Christian Blex (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Trinkwasser ist Lebensmittel Nummer eins, und deshalb machen wir auch keine Abstriche beim Trinkwasser. Keiner soll sich Sorgen machen, wenn er Wasser für seinen Kaffee aus dem Netz der öffentlichen Wasserversorgung zapft.

Was wir aber im Gegensatz zu Ihnen wollen, ist eine ergebnisoffene und nachhaltige Diskussion um die Beurteilung der Gefahren für das Grundwasser. Grundwasser und Trinkwasser sind nicht dasselbe, und darum geht es.

Wenn übrigens Abwasser, wieder etwas anderes, vollständig destilliert und entmineralisiert wäre, wäre das Wasser biologisch tot. Totes Wasser ist übrigens ein Umweltgift. Das sagt Ihnen auch jeder Arzt. Mikroorganismen saugen sich an einer hypotonischen Lösung von Wasser voll und platzen dann einfach.

Sie brauchen also mehr denn je eine ergebnisoffene und wissenschaftliche Diskussion um Grenzwerte und die Beurteilung der Gefahren für das Grundwasser. Dazu ein Zitat:

„Jede Beschwichtigungspolitik ist unverantwortlich, drastisches Handeln ist erforderlich. Ich will in der Landwirtschaft beginnen, indem ich den Chemieeinsatz radikal verringere, indem ich Flächen aus dem Anbau herausnehme und auf anderen den Düngemittel- und Pestizideinsatz reduziere. So sollen an Gewässern möglichst breite Streifen chemisch unbehandelt bleiben. Für freiwilligen Verzicht sollen die Bauern entschädigt werden.“

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Klingt nicht schlecht!)

Mit diesem Flächenprogramm könnten wir morgen beginnen und schnell etwas für Mensch und Umwelt tun.“

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Eckhard Uhlenberg!)

Das ist kein Zitat aus dem Antrag oder aus der aktuellen Berichterstattung, sondern eine Aussage des ehemaligen Kieler Umweltministers Heydemann in einem Interview von vor 32 Jahren. Das Interview ist in einem ehemaligen Nachrichtenmagazin vom 8. August 1988 nachzulesen. Ganz passend ist auch das Thema: „Lebenselement Wasser – vergiftet und vergeudet“.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Aber wo ist jetzt Ihr Problem?)

Ich habe mir das Magazin herausgesucht, weil die Grüninnen in ihrer Großen Anfrage immer wieder wissen wollen, wie sich der Grundwasser-/Gewässerschutz in den letzten 30 Jahren entwickelt hat.

Wie war die Situation vor 30 Jahren? Ich lese in dem ehemaligen Nachrichtenmagazin, vor 30 Jahren wurde befürchtet, die Aufbereitung von Trinkwasser werde bald so aufwendig sein wie das Bierbrauen. Die Zustände in Deutschland wurden wie folgt beschrieben – Zitat –:

„Kaum ein Monat vergeht ohne lokalen Giftalarm irgendwo in der Republik; dann müssen die Bürger, wie nach Bombennächten im Krieg, Trinkwasser aus dem Tankwagen im Eimer nach Hause tragen ...“

Damals wurden auch schon die Schuldigen gefunden und angeprangert. Zitat:

„Die Landwirte, aber auch 14 Millionen Hobbygärtner, streuen und spritzen gigantische Mengen Kunstdünger und Pflanzenschutzmittel auf Wiesen, Äcker und Gärten, die toxischen Stoffe und ihre Abbauprodukte ... wandern in die Tiefe und erreichen in wachsender Menge das Grundwasser.“

Wenn man sich die Reden der Linksrünen heute anhört, dann stellt man fest, dass sich in den letzten 30 Jahren überhaupt nichts verändert zu haben scheint: Chemikalien, Düngemittel, Pestizide und die bösen Landwirte, möglichst breite Grünstreifen und ganz viel verzichten, umerziehen und verbieten.

Den weitläufigen Chemiespruch haben Sie aber bestimmt schon einmal gehört: Früher starben die Menschen mit 35 Jahren, heute schimpfen sie bis 95 über die Chemie.

Vor der letzten Düngeverordnung 2017 wurde nur der Stickstoff aus Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft begrenzt. Mit der letzten Änderung wurde dies, CDU und SPD sei Dank, auf alle organischen und organisch-mineralischen Düngemittel ausgeweitet, was eine massive Einschränkung für die Landwirte bedeutet hat.

Welchen Preis müssen die Landwirte in den Augen der grünen Bessermenschen noch bezahlen?

(Norwich Rüße [GRÜNE]: War doch gar kein Grüner, der da zitiert worden ist! – Heiterkeit von Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz)

Eine Gesundheitsgefährdung der Menschen in Nordrhein-Westfalen ...

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Mein Gott!)

Es ist schön, dass Frau Heinen-Esser über die Probleme der Landwirte lacht. Das ist sehr schön. Auf die existenziellen Gründe kann sie als „grüne“ Umweltministerin reagieren, indem sie hämisch von der Seite lacht.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Auch das ist doch wieder dummes Zeug, was Sie da von sich geben!)

Ich finde das peinlich und beschämend für eine noch CDU-Umweltministerin. Das ist einfach eine Schande.

Eine Gesundheitsgefährdung der Menschen in Nordrhein-Westfalen durch zu hohe Nitratwerte

(Unruhe – Glocke)

im Trinkwasser gilt als praktisch ausgeschlossen.

(Frank Müller [SPD]: Ich glaube nicht, dass Frau Heinen-Esser über die Landwirte gelacht hat!)

Die aktuelle Darstellung des EU-Grenzwertes als Giftigkeitsgrenzwert – das ist eine Bezeichnung des grünen Umweltbundesamtes – darf aufgrund toxikologischer Erkenntnisse im besten Fall als irreführend bezeichnet werden. Ja, man könnte auch Fake News dazu sagen.

Es hat sich vieles in den letzten 30 Jahren getan, aber an der Untergangsrhetorik der Grünrinnen überhaupt nichts.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Haben Sie mal einen Blick in die Große Anfrage geworfen? Einen Blick?)

– Egal, wie sehr sich die Landwirte selbst geißeln, egal, wie hoch sie springen, Herr Rüße, sie werden in den Augen Ihrer Partei immer – das kann jetzt auch rückblickend für die letzten 30 Jahre belegt werden – die Umweltkriminellen sein.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Sie zitieren über 30 Jahre alte Artikel! Das ist alles, was Sie können!)

Vor 30 Jahren haben die Grünrinnen gepredigt, man müsse weniger Wasser verbrauchen. Selbst die FDP will das heute. Das grüne Dogma hat sich aber nicht geändert. Noch heute heißt es nämlich: Verbraucht noch weniger.

Hier geht es überhaupt nicht mehr um irgendwelchen Badewannenluxus. Da merkt man, welche fachliche Ahnung Sie haben. Die Abwasseraufbereitung muss unterhalten werden, ob viel oder wenig Abwasser vorhanden ist. Die Werte bleiben gleich. Es passiert nur eines, wenn man den ganzen Wassersparirrsinn fortführt: Die Fäkalien bleiben in Abwasserleitungen liegen und müssen teuer ausgespült werden. Das ist doch das Faktum. Davon, dass die Scheiße im wahrsten Sinne des Wortes in den Rohren bleibt, reden Sie nicht.

Das Wassersparen wird zum Kostentreiber schlechthin.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es ist auch nicht so, dass Wasser verbraucht wird. Es wird gebraucht.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: So ein dummes Zeug!)

Die Grünrinnen sind aber davon überzeugt, die Entgelte für die Trinkwasseraufbereitung würden noch mehr steigen, und schuld sei vor allem die Landwirtschaft.

Richtig, die Entgelte für die Trinkwasseraufbereitung steigen, aber im Vergleich zu anderen haushaltsrelevanten Verbrauchsgütern zum Glück gemäßigt, gerade einmal im Bereich der jetzt teilweise zugegebenen Inflation.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Genau!)

Die Entgelte erhöhten sich in den letzten 20 Jahren um ca. 40 %. Im gleichen Zeitraum ist aber der Preissteigerungsindex für andere haushaltsrelevante Verbrauchsgüter wie Gas um 110 %, Heizöl um 86 % und Strom um 95 % gestiegen, und das insbesondere wegen der ökoideologischen und giftgrünen Politik aller anderen hier versammelten Fraktionen.

Dazu kann man abschließend nur eines sagen: Je weniger die Grüninnen Umweltpolitik machen, desto besser können wir die Umwelt retten. Oder auch: Lieber ein Ort im Grünen als einen Grünen im Ort. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Blex. – Jetzt spricht für die Landesregierung die Ministerin, Frau Heinen-Esser.

(Frank Müller [SPD]: Das tut uns sehr leid, Frau Ministerin!)

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage mal ganz deutlich etwas vorneweg:

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Jetzt kommt was zur Sache! – Unruhe – Glocke)

Ich habe in meinem parlamentarischen politischen Leben noch nie so einen gequirten Unsinn gehört wie das, was mein Vorredner uns gerade serviert hat.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Es ist eine Unverschämtheit, was Sie mit diesem Parlament machen. Herr Dr. Blex, es geht hier um eine Anfrage, die meine Kolleginnen und Kollegen im Umweltministerium mit den nachgeordneten Behörden in einem ganz intensiven Prozess bearbeitet haben. Und Sie stellen sich hier hin, zitieren irgendwelche uralten, völlig unsinnigen Artikel, die mit der Gegenwart nichts mehr zu tun haben,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

und behaupten dann, das sei seriöse Politik. – Es ist das Gegenteil davon.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: So ist das! – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Herr Dr. Blex, ich erwarte von Ihnen eine persönliche Entschuldigung für das, was Sie behauptet haben, als ich auf der Regierungsbank saß. Es ist eine Unverschämtheit!

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Sie gehen mit billigen Sprüchen durch die Lande.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Sie machen die Landwirte nervös. Sie machen die Menschen in diesem Land nervös.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Ich habe doch nicht gelacht über die Landwirte! Sie haben über die Landwirte gelacht!)

Sie treiben ihnen Zukunftsangst ein. Sie bieten keine Lösungen, und Sie sprechen hier im Parlament mit einer solch unerträglichen Polemik!

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD] – Gegenruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können in der Sache streiten, und das tun wir auch. Wir ringen gerade beim Thema „Wasser“ ...

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD] – Frank Müller [SPD]: Mein Gott! Ruhig Brauner!)

– Sie sollten mir zuhören. Ich musste Ihnen auch zuhören. Wenn Sie eine Frage stellen wollen, können Sie das tun, ich überlege mir allerdings klug, ob ich sie beantworte. Aber Sie dürfen sich auch melden, um sich zu entschuldigen, Herr Dr. Blex.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Zurück zur Sache: Wir haben es hier mit einem sehr ernstesten und sehr wichtigen Thema zu tun. Uns liegt hier die Antwort auf eine Große Anfrage vor, die sehr detailreich ist und uns einen guten Überblick über den Zustand des Wassers gibt.

In der Tat war die Anfrage so ein bisschen ein Abschiedsgeschenk an Herrn Odenkirchen – ich glaube, er hat es aber nicht ganz so empfunden, Herr Rüße. Die Anfrage kam in etwa zur Sommerpause bei uns an, und die Kolleginnen und Kollegen haben hart daran gearbeitet. Sie gibt uns einen guten Überblick über die Situation des Wassers in Nordrhein-Westfalen.

Bei uns ist die Situation etwas anders als in anderen Bundesländern. Wir sind nämlich erstens ein Industrieland – und zwar ein echtes –, und zweitens sind bei uns Steinkohle- und Braunkohlebergbau ein Thema. Außerdem spielt die Landwirtschaft eine Rolle, und wir sind dicht besiedelt. Das alles sind Faktoren, die auf das Wasser einwirken und die mit dem Wasser und auch mit dem Grundwasser zu tun haben.

Wir haben uns hier über die Landwirte unterhalten. Die Düngeverordnung ist ein ganz schwieriger Prozess, vor dem wir stehen. Da muss ich aber deutlich sagen: Wir tun hier etwas. Wir arbeiten daran. Wir haben Messstellen überprüft. Wir versuchen auch, bei den Landwirten wieder Vertrauen in die Messstellen und darin, wie Behörden arbeiten und wie Daten gewonnen werden, zu wecken.

Wir haben hier auch schon über das hydrologische Gutachten aus dem Jahr 2016 diskutiert, in welchem Kritik an den Messstellen aufgezeigt wurde. Wir haben darauf aufbauend einen Leitfaden erarbeitet, und wir überprüfen jetzt die Messstellen.

Und was ist herausgekommen? – 10 % der Grundwassermessstellen sind nicht in Ordnung. Da kann ich natürlich auch die Landwirte verstehen, wenn sie sagen, dass sie verunsichert sind, wie sie weiter zu verfahren haben, wenn doch 10 % der Messstellen nicht in Ordnung sind.

Während andere Bundesländer noch überlegen, wie sie mit alldem umgehen, arbeiten wir daran. Wir arbeiten das Thema schlicht und ergreifend ab. Wir untersuchen die Messstellen, wir sanieren die Messstellen. Wir werden uns das Thema „Binnendifferenzierung“ vornehmen, sodass wir mit dem Inkrafttreten der neuen Bundesdüngeverordnung wirklich ein vernünftiges System von grünen und roten Gebieten bei uns in Nordrhein-Westfalen haben, mit dem die Landwirte tatsächlich arbeiten können.

Das ist unser Ziel, und das werden wir erreichen. Damit kommen wir auch einen großen Schritt nach vorne, um zum einen unser Wasser zu schützen, zum anderen aber auch die Landwirte mitzunehmen.

Es gibt viele neue Aspekte, die mit dem Thema „Wasser“ verbunden sind. Meine Vorredner haben das alles schon erwähnt, und ich muss es nicht wieder nachvollziehen. Mikroplastik ist ein Thema, antibiotikaresistente Bakterien spielen eine Rolle. Dazu liegen eine Menge Studien und Untersuchungen vor, auch aus unserem Hause, die uns dabei helfen, festzustellen, wie die Gewässerbelastung bei uns in Nordrhein-Westfalen tatsächlich ist.

Ganz wichtig wird auch der vorzeitige Ausstieg aus der Braunkohleförderung sein. Da gibt es wasserrechtlich enorme Herausforderungen. Herr Dr. Nolten und Frau Dr. Peill kommen aus der Gegend, in der die Rur und die Erft eine große Rolle spielen. Da werden wir noch einiges zu bearbeiten haben, um zu klären, wie wir damit umgehen.

Denn so einfach, dass wir sagen könnten: „Wir hören mit dem Braunkohleabbau auf, und dann ist alles gut“, ist es leider nicht. Wir müssen dann auch schauen, wie wir das Thema „Wasser“ in der Region vernünftig regeln.

Hinzu kommt nun auch der Klimawandel. Jetzt, im Jahr 2020, haben wir immer noch nicht wieder den

Grundwasserspiegel des Jahres 2017 erreicht. Wir leben also tatsächlich mit einem fallenden Grundwasserspiegel. Und selbst wenn es jetzt mal für ein paar Tage geregnet hat, sieht es nicht so aus, als würden wir das wieder aufholen.

Früher haben wir uns immer als wasserreiches Land bezeichnet, ein Land, in dem Wasser überhaupt keine Rolle spielt. Während in dem einen oder anderen Bundesland schon mal in Hitzeperioden oder in länger andauernden Wärmeperioden untersagt wurde, die Autos zu waschen, war das in NRW nie ein Thema, weil wir immer über genug Wasser verfügt haben.

Aber angesichts des Klimawandels, in dem wir tatsächlich stecken, nehmen die Konkurrenzen um Wasser zu. Es ist nicht so, dass jetzt alles ganz einfach zu regeln ist. Und natürlich hat – wie überall – die Trinkwasserversorgung absoluten Vorrang. Darauf müssen wir also unsere Prioritäten setzen.

Aber wir müssen auch andere Themen wie die Wasserversorgung von Industrieunternehmen beachten. Wir müssen vielleicht auch mal über die Beregnungsanlagen in der Landwirtschaft sprechen; das sind wir bisher noch kaum angegangen. Denn auch die Landwirte werden in Zukunft mehr Schwierigkeiten bekommen, wenn die Sommer trockener und wärmer sind. Dann wird Beregnung wahrscheinlich eine Rolle spielen. Das alles sind Themen, die wir neu behandeln, und das wird noch eine ganze Menge Arbeit sein.

Darüber hinaus arbeiten wir derzeit an der Wasserrahmenrichtlinie, und auch die Qualität des Wassers insgesamt ist, um das mal etwas salopp zu formulieren, eine sehr sportliche Aufgabe, die wir noch zu erfüllen haben. Aber ich bin eigentlich guten Mutes, dass wir das alles schaffen werden.

Ich würde mich freuen, wenn Sie alle mitmachen, an diesem Thema zu arbeiten und darum zu ringen, aber auch – und das sage ich zum Abschluss – seriös zu arbeiten, zu ringen und die billige Polemik dabei wegzulassen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Heinen-Esser. – Jetzt spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Stinka.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Blex, eines vorweg: Wenn Sie sehen wollen, wie parlamentarischer Austausch und Streit funktionieren, können Sie jetzt einmal zuhören.

Es geht nämlich um den Austausch von Argumenten und nicht um das Diffamieren von Kolleginnen und

Kollegen hier im Haus. Das will ich Ihnen noch einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Das gilt auch für Mitglieder der Landesregierung.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Wir streiten uns um Inhalte, und das tun wir hier gerne und seit über 70 Jahren. Sie gehören hoffentlich irgendwann nicht mehr dazu, Herr Blex.

(Beifall von der SPD – Dr. Christian Blex [AfD]:
Wie war das mit dem Diffamieren?)

Der Satz von Herrn Diekhoff von vorhin war ein bisschen verräterisch: So schmutzig ist das Wasser ja nicht. – Wenn ich solch einen Satz in eine Rede über das Lebensmittel Nummer eins einfließen lasse, kann man eine gewisse Beachtung des Grundwassers und des Wassers allgemein nicht gerade voraussetzen.

(Markus Diekhoff [FDP]: Das ist aber eine böse Unterstellung!)

Ich finde es wirklich erstaunlich, dass Sie diese Bemerkung so en passant fallen lassen. Es geht mir auch nicht um Landwirtschaftsbashing.

(Markus Diekhoff [FDP]: Es ist auch nicht so schmutzig!)

Ich will das noch einmal am Thema „Nitrat“ festmachen; dazu ist in der heutigen Debatte bereits vieles zur Sprache gekommen. Ich will aber einige Punkte, bei denen auch politische Unterschiede bestehen, noch einmal ergänzen und hervorheben.

Dass wir momentan, gerade bei der Frage der Nitratbelastungen, in solch eine Drucksituation gekommen sind, hätte vermieden werden können. Die Probleme liegen schon seit sehr langer Zeit auf dem Tisch.

Unter anderem die Wasserversorger schlagen bereits seit vielen Jahren Alarm, dass es für sie immer schwieriger und natürlich auch teurer wird – Gelsenwasser ist vorhin angesprochen worden –, die geforderten Grenzwerte für das Trinkwasser einzuhalten. Zwei Drittel des deutschen Trinkwassers müssen aus Grundwasser hergestellt werden, und das kostet Geld.

Gutachter haben sich seriös mit dieser Kostenentwicklung beschäftigt, die durch die Denitrifikation zu erwarten ist. Eine aufwendige Nitratentfernung könnte eine Jahreswasserrechnung um bis zu 62 % erhöhen.

(Markus Diekhoff [FDP]: 0,9 %!)

Wer soll das bezahlen? – Das ist die Frage, wenn wir hier um Glaubwürdigkeit in Politik und Gesellschaft ringen. Soll es der Verbraucher tun oder der Verur-

sacher? – Das ist die Frage, die wir uns stellen müssen und auf die uns Sozialdemokraten die Antwort klar ist: Das müssen die Verursacher tun.

Laut den Gutachten der Wasserversorger wird eine durchschnittliche Jahresrechnung für einen Dreipersonenhaushalt – Sechsfamilienhaus – von aktuell 217 Euro auf 352 Euro ansteigen.

Auch die Messstellen sind bereits angesprochen worden. Ich will diese Debatte auch noch einmal dazu nutzen, um für Klarheit bei der Frage der Messstellen zu sorgen. Es gibt immer wieder Missverständnisse, die darauf zurückzuführen sind, dass es in Deutschland mehrere Netze zur Erfassung von Nitratbelastung gibt.

Da ist zum einen das EU-Nitratmessnetz, dessen Fokus auf landwirtschaftlicher Nutzung liegt – 697 Messstellen –, zum anderen das Nitratmessnetz für Gesamtdeutschland. Letzteres umfasst 1.200 Messstellen und ist nicht nur – damit in dieser Frage einmal Ruhe einkehrt – auf landwirtschaftliche Flächen beschränkt.

Da der Umfang und der Zweck der beiden Messnetze nicht übereinstimmen, kann auch nicht davon die Rede sein, dass es an irgendeiner Stelle zu einer Verzerrung der Nitratbelastung oder zu einer Überbetonung schlechter Werte käme.

Für den Nitratbericht muss man festhalten, dass er im Kern darauf abzielt zu dokumentieren, inwieweit Nitratwerte rückläufig sind und ob und inwiefern Gegenmaßnahmen wirken.

Der nächste Nitratbericht – das wissen wir alle – steht nach den EU-Vorgaben für 2020 an. Dieser wird die Jahre 2015 bis 2018 umfassen. Das gilt es also zu berücksichtigen, wenn Nitratwerte in den Blick genommen werden.

Da sich die schwarz-gelbe Landesregierung gerne in Diskussionen um Messstellen ergeht, sage ich Ihnen: Davon verschwindet das Problem nicht. Die Nitratbelastung lässt sich nicht wegmessen – sie ist Fakt. Deswegen verbessert eine Debatte alleine, genau wie es bei den Messstellen der Fall ist, das Problem nicht.

Die Diskussion lenkt vielmehr vom eigentlichen Problem ab – es ist bereits kurz angesprochen worden –: Welche Zukunftsperspektiven vermitteln wir der Landwirtschaft?

Ich will das für die SPD-Fraktion noch einmal wiederholen: Wenn wir es in Nordrhein-Westfalen nicht schaffen, gemeinsamen mit allen Akteuren – auch mit denjenigen, mit denen das Thema schwierig zu beraten ist – einen Kompromiss zu finden, wie es bei der Kohlekommission geschehen ist, wird es auf Dauer schwierig. Messstellen alleine und das Schönreden von Werten reichen nicht, um Landwirtinnen

und Landwirten eine Perspektive zu geben; das kann ich deutlich sagen.

(Beifall von der SPD)

Die Landesregierung – und das ist das Credo unserer Fraktion – hätte in den letzten drei Jahren bereits mehr gegen die Überdüngung tun können. Stattdessen ist sie in vielen Bereichen ambitionslos und hat wenig Engagement gezeigt, die Überdüngung zu stoppen. Sie hat die Länderklausel nicht genutzt, um in Nordrhein-Westfalen eine Verschärfung zu realisieren.

Mit Blick darauf, dass bereits seit 2013 das Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichteinhaltung der EU-Nitratrichtlinie gegen Deutschland läuft und eine neue Düngeverordnung ab April 2020 in Kraft treten soll, muss jetzt schnell gehandelt werden, da sonst Strafzahlungen anstehen.

Für die Landwirte beginnt die Düngeperiode in absehbarer Zeit; von Planungssicherheit kann daher keine Rede sein. Deshalb noch einmal mein Appell:

Es muss gemeinsam überlegt werden, wie wir diese Fragen lösen können – ich unterstreiche: gemeinsam –, damit wir nicht nur über Zukunftsperspektiven reden, sondern sie für diesen Bereich der Wirtschaft auch wirklich geschaffen werden können.

Seit nunmehr 20 Jahren begleitet uns die Wasserrahmenrichtlinie. Im Dezember 2000 ist sie in Kraft getreten und zwei Jahre später in bundesdeutsches Recht umgesetzt worden. Zielsetzung der Richtlinie ist es, alle Gewässer in einen guten Zustand zu bringen.

Zunächst sollte dieses Ziel bis 2015 erreicht werden, es gab aber bereits zweimal Fristverlängerungen, einmal bis 2021, und nun soll das Ziel bis 2027 erreicht werden.

In der Antwort der Landesregierung heißt es zur Zielrichtung, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine verbindliche Prognose für jeden Wasserkörper möglich sei und es viele Faktoren gebe – einige sind gerade angesprochen worden –, welche die Maßnahmenumsetzung beeinflussen.

Frau Heinen-Esser hat in ihrer Rede bei der 52. ESSENER TAGUNG im letzten Jahr davon gesprochen, dass die Ziele ambitioniert seien, vielleicht zu ambitioniert.

Ich frage mich natürlich, ob man, wenn man Ministerin einer Landesregierung ist, von „zu ambitioniert“ sprechen sollte. Es ist doch, wenn sie ein Ziel ernst nimmt und es um ein so wichtiges Thema geht, wie jenes, das wir heute besprechen, eher Aufgabe einer Landesregierung, die Anstrengungen zu erhöhen, um dieses Ziel zu erreichen.

Wir alle kennen die Problematik vor Ort. Bei der Wasserrahmenrichtlinie – und das ist sozialdemokratische

Ausrichtung – darf nicht auf Zeit gespielt werden. Vielmehr müssen wir gemeinsam in den Kreistagen, den Gemeinderäten und natürlich mit Unterstützung der Landesregierung für gute Wasserkörper in Nordrhein-Westfalen sorgen. Wir fordern Sie diesbezüglich zu mehr Mut auf.

Herr Dr. Nolten, Sie haben zu dem vorhin von Ihnen erwähnten Antrag von vor einigen Plenarrunden gesprochen. Als Sie über Durchgängigkeit etc. pp. sprachen, haben auch Sie ein wenig Mut vermissen lassen. Es ist mehr Mut notwendig, damit die Gewässergüte nach den Regeln der Wasserrahmenrichtlinie Platz greifen kann.

Für den Zeitraum von 2016 bis 2018 wurde in Nordrhein Westfalen ein Wasserbeirat eingerichtet, der sich im Rahmen seiner Tätigkeit mit verschiedenen Fragestellungen auseinandergesetzt hat.

Die daraus resultierende Wasserwirtschaftsstudie NRW wirft sechs Handlungsfelder für eine zukunftsfähige Wasserwirtschaft in Nordrhein-Westfalen auf. Daran wird deutlich, dass wir auch im Bereich der Wasserwirtschaft in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen stehen:

Die Ver- und Entsorgung auf dem Land müssen sichergestellt werden. Wir brauchen mehr Investitionen in alternde Infrastruktur. Die Wasserwirtschaft benötigt dringend Fachleute. Darüber hinaus ist es geboten, eine Schutzstrategie für Wasserkreisläufe zu entwickeln, die auf einem integrierten und alle Akteure einbeziehenden Ansatz beruht.

Die Ministerin hat angesprochen, dass wir neue Fragen auch auf der kommunalen Ebene werden diskutieren müssen, nämlich wer wann wie mit Wasser versorgt werden soll. Das ist eine Debatte, die bislang in Deutschland so intensiv nicht geführt wurde.

Es macht aber Sinn, dass wir uns frühzeitig damit beschäftigen, damit Sorgen und Planungsunsicherheiten in Bevölkerung, Landwirtschaft und Wirtschaft nicht aufkommen. Die Sozialdemokraten sind bereit, Prioritäten zu setzen, denn letztlich wird es um das Setzen und die Durchsetzung von Prioritäten gehen.

Die Klimafolgenanpassungen sind angesprochen worden. Wir werden diesbezüglich stärker tätig werden müssen. Auch ich habe mir vor zehn Jahren nicht vorstellen können, dass wir solche Trockenergebnisse, die garantiert kein Einzelfall bleiben werden, haben. Deswegen macht es Sinn, dass wir uns darum kümmern.

Für Sozialdemokraten ist klar: Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss.

Für uns ist auch klar, dass die Wasserversorgung Teil der Daseinsvorsorge ist und nicht nur wirtschaftlichen Kriterien unterworfen werden darf.

In dem Sinne freuen wir uns auf die Debatte und auf die schwierigen Entscheidungen, die in diesem Bereich zu fällen sind. – Vielen Dank.

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat nun Herr Abgeordneter Rüße das Wort.

Norwich Rüße* (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben nun viel über das Wasser diskutiert.

Herr Dr. Nolten, ich greife einen Satz von Ihnen auf. Sie haben gesagt, dass Sie, wenn das Wasser knapp werde, nicht wüssten bzw. Zweifel hätten, ob man mit Appellen weiterkomme. Auch wir sind der Meinung, dass man gut überlegen und eine Strategie haben muss, wie man perspektivisch damit umgeht.

Ich vermute – da sind wir wohl alle einer Meinung –, dass sich ein Zustand wie vor 30 oder 40 Jahren nicht so schnell wieder einstellen wird und wir mit der jetzigen Situation etwas länger werden leben müssen.

Die Große Anfrage hat aus meiner Sicht bei der Problemdarstellung sehr viel geleistet. Schwächer ist sie hingegen bei den Problemlösungen; da fehlt einfach noch etwas. Vielleicht müssen wir das jetzt zusammen erarbeiten. Sehr häufig wird auf übergeordnete Ebenen – in Richtung europäischer Ebene – verwiesen; diese seien zuständig.

Angesichts der vor uns liegenden Situation und Herausforderungen wurde in der Diskussion eben etwas zu sehr auf die Nitratbelastung durch die Landwirtschaft eingegangen.

Natürlich ist diese ein Aspekt, den man betrachten muss, aber sie ist nicht der einzige. Diesbezüglich sind wir hinsichtlich der Wasserverschmutzung meiner Meinung nach auf dem Weg.

Pflanzenschutzmittelrückstände, Mikroplastik, Arzneimittlrückstände – in Bezug darauf stehen wir meiner Auffassung nach noch viel mehr am Anfang, als bei der Frage, wie wir die Stickstoffeinträge reduzieren können.

Unser Vorschlag, den wir für sehr sinnvoll halten, lautet, eine nordrhein-westfälische Zukunftsstrategie Wasser zu entwickeln, bei der wir drei Handlungsfelder identifizieren würden.

Ganz vorne – das habe ich eben betont – steht die Grundwasserneubildung. Wie erzielen wir die Erhaltung stabiler Grundwasserkörper? In der Schule habe ich über die USA gelernt, dass dort ein riesiger Grundwasserkörper nach und nach verbraucht worden ist. Das sollten wir hier in Nordrhein-Westfalen vermeiden und uns um dessen Erhalt und die Stabilisierung kümmern.

Das zweite Handlungsfeld ist der Schutz des Wassers vor Verunreinigungen.

Präsident André Kuper: Herr Kollege, die Redezeit.

Norwich Rüße* (GRÜNE): Das letzte Handlungsfeld, das auch von Herrn Stinka angesprochen wurde, ist die Sicherung der Wasserversorgung und der Verfügbarkeit von Wasser für die unterschiedlichen Inanspruchnehmer.

Es wäre meiner Meinung nach gut, wenn wir eine solche Zukunftsstrategie zusammen entwickeln und weiter zusammen an dem Thema arbeiten würden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU hat sich der Abgeordnete Herr Dr. Nolten noch einmal zu Wort gemeldet.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Herr Präsident! Herr Rüße, es passt wunderbar, dass ich nach Ihnen rede, denn ich kann direkt anknüpfen.

Auch ich war der Meinung, dass die Probleme gut beschrieben werden, es aber noch ein bisschen an konstruktiven Vorschlägen fehlt; diese hätte man mehr ausführen können. Das ist unsere Aufgabe, wie wir sie auch im Ausschuss begreifen sollten.

Den Appell, nicht nur auf den Nitratbereich abzuheben, sondern die anderen Bereiche stärker in den Blick zu nehmen, den Sie eben an die Kollegen der SPD gerichtet haben, unterstreiche ich.

Mit Blick auf die AfD könnte ich sagen: Ich habe im Fachausschuss bisher – selbst bei Anträgen der AfD – wenig Diskussionsfreude, Bereitschaft und auch Fähigkeit erlebt;

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

dorthin würde ich den Appell gar nicht erst richten wollen.

Meiner Auffassung nach ist es wichtig, dass wir angesichts der Bandbreite an Wasserthemen, die hier aufgefächert worden ist, überlegen, welche Optionen wir haben. Das Beklagen und Bejammern reicht nicht.

Eben habe auch ich gesagt, dass wir beim Nitrat auf dem richtigen Weg sind.

Wir haben die Zeit nicht umfassend und richtig genutzt. Die Stellschrauben, die wir identifiziert haben, können wir jetzt weiter drehen, aber wir müssen auch die anderen Fragen, die Ihre Große Anfrage ja zu Recht in den Mittelpunkt gestellt hat, mit dieser Intensität angehen, damit wir nicht in 10 oder 15 Jahren

bei anderen Fragen da stehen, wo wir heute bei der Umsetzung der Nitratrichtlinie sind.

Insofern kann ich mich Ihrem Appell nur anschließen und freue mich auf die Diskussion im Ausschuss; Sie wissen, ich bin immer diskussionsfreudig. Das werden wir dann im Ausschuss in der ganzen Bandbreite diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat sich noch einmal der Abgeordnete Diekhoff zu Wort gemeldet.

Markus Diekhoff* (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, es ist noch einmal wichtig, hier zwei, drei Punkte anzusprechen:

Die FDP stellt nicht infrage, dass Wasser sauber sein muss, aber wir wollen doch betonen, dass wir sauberes Wasser in Nordrhein-Westfalen bereits in weiten Teilen haben und dass wir in den vergangenen Jahren große Erfolge erzielt haben. Da muss man nicht immer einen neuen Teufel an die Wand malen.

Zu den Punkten wie Mikroplastik, die angesprochen werden: Wir wissen doch nicht einmal, ob es schädlich ist.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Das ist also auch nicht zwingend. Wichtig ist, dass jeder sauberes Wasser hat. Über den Weg dahin kann man sich sicherlich unterhalten.

Was mich aber wirklich gestört hat, waren der Hinweis und der Vorwurf seitens der SPD, wir würden uns so lange einen abmessen bei den Nitraten, bis es passt. Das ist natürlich nicht richtig.

Aber dass Sie ernsthaft sagen, auch falsche Messstellen sollten herangezogen werden, man solle sie nicht überprüfen, sondern die Landwirte müssten damit leben, das Problem sei nun einmal da, ist nun wirklich eine Unverschämtheit.

Wenn keine korrekten Werte vorliegen oder wenn diese falsch sind, sind sie falsch, und dann müssen wir das verändern. Das machen die Landesregierung und auch die NRW-Koalition genau richtig.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dann habe ich noch eine Frage an den Kollegen Börner zu den Medikamenten. Ich habe gerade noch einmal ein bisschen gegoogelt. Uns allen ist klar, dass Medikamentenrückstände im Wasser ein Problem darstellen können. Aber zu Ihrem Lösungsvorschlag, dass die Leute in einen Beutel pinkeln sollen, habe ich die Frage: Wie viele Millionen Menschen sollen denn jetzt in einen Beutel pinkeln?

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Bei Röntgenkontrastmitteln!)

– Er hat alle Medikamente gemeint. Dazu gehört auch die Antibabypille.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Nein! Herr Diekhoff, so können wir doch nicht Politik machen!)

Würde die SPD das jetzt vorschlagen? Und wo kommen die Beutel dann hin? In den Gelben Sack? Das sind ja gelbe Beutel. Oder werden die abgeholt?

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Weniger googeln, mehr zuhören!)

– Sie haben es doch gar nicht gesagt. Herr Börner hat es doch gesagt.

(Beifall von der FDP)

Sowas ist ein irrer Vorschlag. Also: Der Vorschlag kommt von Ihnen. Vielleicht können Sie jetzt noch einmal darlegen, wie Sie sich das vorstellen und ob man mit dem Beutel im Auto auf dem Weg zum Entsorgen durchs Trinkwasserschutzgebiet fahren oder einen Umweg fahren darf. Das sind ja Vorschläge hier, die ich nicht ernst nehmen kann. Deswegen hätte ich auf meine Frage gerne noch eine Antwort. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der SPD hat noch einmal Herr Stinka ums Wort gebeten.

André Stinka (SPD): Herr Dr. Nolten, ich freue mich auch auf die Debatte, die wir haben werden.

Herr Diekhoff, Sie haben mich gerade wieder einmal bestätigt: Sie müssen das Thema schon ernst nehmen, und Sie tun es nicht.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wenn Sie sich mit dem Verband der Arzneimittelhersteller unterhalten hätten, wüssten Sie, dass die Beutel diskutiert werden. Wir können gerne über Medikamentenrückstände reden, aber dann frage ich: Wer ist der Verursacher?

Ich habe mit dem Verband gesprochen. Natürlich wird diese Lösung angesprochen, denn es kann ja nicht sein, dass wir alle Kläranlagen – das wollen Sie ja auch nicht – ausrüsten und das Problem wegdrücken. Da haben wir eben als Sozialdemokraten die Sorge.

Sie sagen jetzt, das Wasser sei Ihnen wichtig; da müssten wir etwas tun. Aber es muss gesprungen werden, Herr Diekhoff. Es muss dann gesagt werden: Die arzneimittelforschende Industrie und die Industrie haben eine Verantwortung und werden diese Beutel bezahlen müssen und nicht der Kranke. Das

sind Fragen, die wir dann werden beantworten müssen.

Präsident André Kuper: Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage aus den Reihen der AfD.

André Stinka (SPD): Ja.

Präsident André Kuper: Okay. – Herr Dr. Blex hat das Wort.

Dr. Christian Blex (AfD): Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Jetzt stellen wir uns mal vor, alle hätten Beutel und liefen dann mit Beuteln herum. Das würde natürlich auch zu viel Plastik führen. Plastiktüten wollen Sie aber nicht. Plastikbeutel sind dann aber okay?

Wenn wir dann die Beutel haben, und die sind alle vollgepinkelt, was machen wir dann mit den vollen Beuteln? Wollen Sie die dann einfach ins Klo ausleeren, oder was wollen Sie dann damit machen?

(Norwich Rübe [GRÜNE]: Oh Gott! Oh Gott! Oh Gott!)

André Stinka (SPD): Herr Dr. Blex, im Grunde müsste ich ja nicht antworten. Ich habe gerade noch einmal gesagt: Ich habe mich mit dem Verband der pharmazeutischen Industrie getroffen und natürlich mit Vertretern der Wasserwirtschaft. Diesen Test für Röntgenkontrastmittel gibt es. Den halte ich auch für sinnvoll; das kann man tun.

Wir reden nicht über Beutel für jeden Tag. Dass Sie das ins Lächerliche ziehen, bestätigt einmal mehr, dass Sie nur mit Lächerlichkeiten Politik betreiben wollen.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Darum geht es hier aber nicht.

Darüber müssen wir reden. Das sind komplizierte Fragen. Wir müssen doch fragen: Muss die Allgemeinheit die Reinigung bezahlen, oder gibt es bessere, subsidiäre Lösungen vor Ort? Das wird doch die Frage sein, die wir zu beantworten haben.

Zu den Messstellen: Ich rede als jemand, der aus einem landwirtschaftlich geprägten Kreis kommt. Ich habe nur deutlich machen wollen: Die Debatte muss man führen.

Wir haben auch im Ausschuss unterstützt, dass die überprüft werden. Aber es ist eine verengende Sichtweise, nur auf Messstellen zu gucken, sondern es ist insgesamt eine Debatte darüber zu führen.

Ich mache für die SPD hier noch einmal deutlich, dass wir gemeinsam mit den Landwirten, mit den Verbänden an einer Lösung arbeiten wollen, damit es besser wird. Darum geht es.

Wenn ich die Debatte nur darüber führe, dass die Messstellen falsch sind, diskutiere ich am Thema vorbei. Das will ich mit dieser Ausführung noch einmal klarmachen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Es geht um konkrete Schritte, Kolleginnen und Kollegen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Da mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließe ich die Aussprache und stelle fest, dass damit die **Große Anfrage 14** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erledigt ist.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

5 Erweiterung des Untersuchungsauftrages des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses IV (Kindesmissbrauch)

Antrag
der Abgeordneten
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8544 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die AfD Herrn Abgeordneten Wagner das Wort.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tausendfacher sexueller Missbrauch, unbeschreibliches Leid und staatliches Versagen an allen Ecken und Enden.

Dreimal mussten wir als AfD einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einfordern. Monatlang lavierten und taktierten CDU, FDP, SPD und Grüne herum.

Doch wer dachte, mit der überfälligen Einsetzung des PUA könne die schonungslose Aufarbeitung des Missbrauchsfalles nun endlich beginnen, der lag daneben.

Immer wieder hatte ich darauf hingewiesen, wie lange es auf Kosten von potenziellen neuen Opfern dauern würde, den PUA auch arbeitsfähig zu machen; darum sei er zügig einzusetzen. Sie wollten nicht und schoben Argumente vor, die allesamt keine waren. Nun stehe ich hier, hatte Recht, aber Freude bereitet mir das wahrlich nicht.